Bundesrechnungshof

Wasserstoffstrategie gefährdet

[05.11.2025] Der Bundesrechnungshof sieht die Umsetzung der deutschen Wasserstoffstrategie weit hinter den Zielen zurück und warnt vor massiven Risiken für Energiewende, Industriestandort und Bundesfinanzen. Trotz Milliardenförderung drohen Preisprobleme, Infrastrukturfehler und zusätzliche Emissionen.

Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft verläuft nach Angaben des Bundesrechnungshofs nicht nach Plan. Wie die Behörde in einem Sonderbericht an Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung berichtet, bleibt die Bundesregierung mit ihren Vorhaben deutlich hinter den selbst gesteckten Zielen zurück. Zwar gilt Wasserstoff als Schlüssel für eine klimaneutrale Energieversorgung bis 2045 und für die Zukunftsfähigkeit energieintensiver Industrien. Doch Angebot wie Nachfrage entwickeln sich langsamer als erwartet.

Der Bericht kritisiert, dass die inländische Produktion von grünem Wasserstoff bis 2030 weit hinter den Planungen zurückbleiben werde. Auch die Versorgung durch Importe könne den erwarteten Bedarf nicht abdecken. Zugleich verpufften staatliche Anreize auf Seiten der Abnehmer, etwa in der Stahlindustrie. Ein weiterer Nachfrageimpuls falle aus, weil neue Gaskraftwerke anders als ursprünglich vorgesehen nicht zwingend wasserstofffähig gebaut werden müssen.

Trotz dieser Marktentwicklung halte die Bundesregierung an einem ambitionierten Ausbau des Wasserstoff-Kernnetzes fest, schreibt der Bundesrechnungshof. Der Staat stütze den Aufbau der Infrastruktur bereits jetzt stark ab, ohne dass absehbar sei, ob später genügend Abnehmer in das Netz einspeisen oder daraus beziehen. Bleibe der Hochlauf aus, könne die Finanzierung des Kernnetzes den Bundeshaushalt um zweistellige Milliardenbeträge belasten.

Auch die Kostenfrage bleibt nach Einschätzung der Prüfer ungeklärt: Grüner Wasserstoff sei weiterhin deutlich teurer als fossiles Erdgas. Da eine preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf absehbare Zeit nicht erreichbar scheine, drohe eine dauerhafte, milliardenschwere Förderung. Allein zur Deckung der Preisdifferenz bei Importen könne 2030 eine Belastung zwischen drei und 25 Milliarden Euro entstehen.

Zudem seien die Klimaziele keineswegs sicher erfüllt. Beim Import grünen Wasserstoffs könne es laut Bericht zu erheblichen Vorkettenemissionen kommen. Um ausreichend Angebote auf internationalen Märkten zu erhalten, habe die Bundesregierung bereits Nachhaltigkeitsanforderungen gelockert.

Der Bundesrechnungshof fordert deshalb einen „Realitätscheck“ und eine Überarbeitung der Wasserstoffstrategie. Entscheidend sei, Angebot, Nachfrage und Infrastruktur wirtschaftlich und synchron zu entwickeln. Sollte dies nicht gelingen, müsse die Bundesregierung rechtzeitig einen Plan B vorlegen, um die Klimaneutralität bis 2045 auch ohne eine dauerhaft subventionierte Wasserstoffwirtschaft zu erreichen. Präsident Kay Scheller fasst zusammen: Nur entschlossenes Handeln könne sowohl das Klimaziel als auch den Industriestandort sichern und weitere Belastungen für den Haushalt verhindern.

(th)

Stichwörter: Politik, Wasserstoff, Bundesrechnungshof